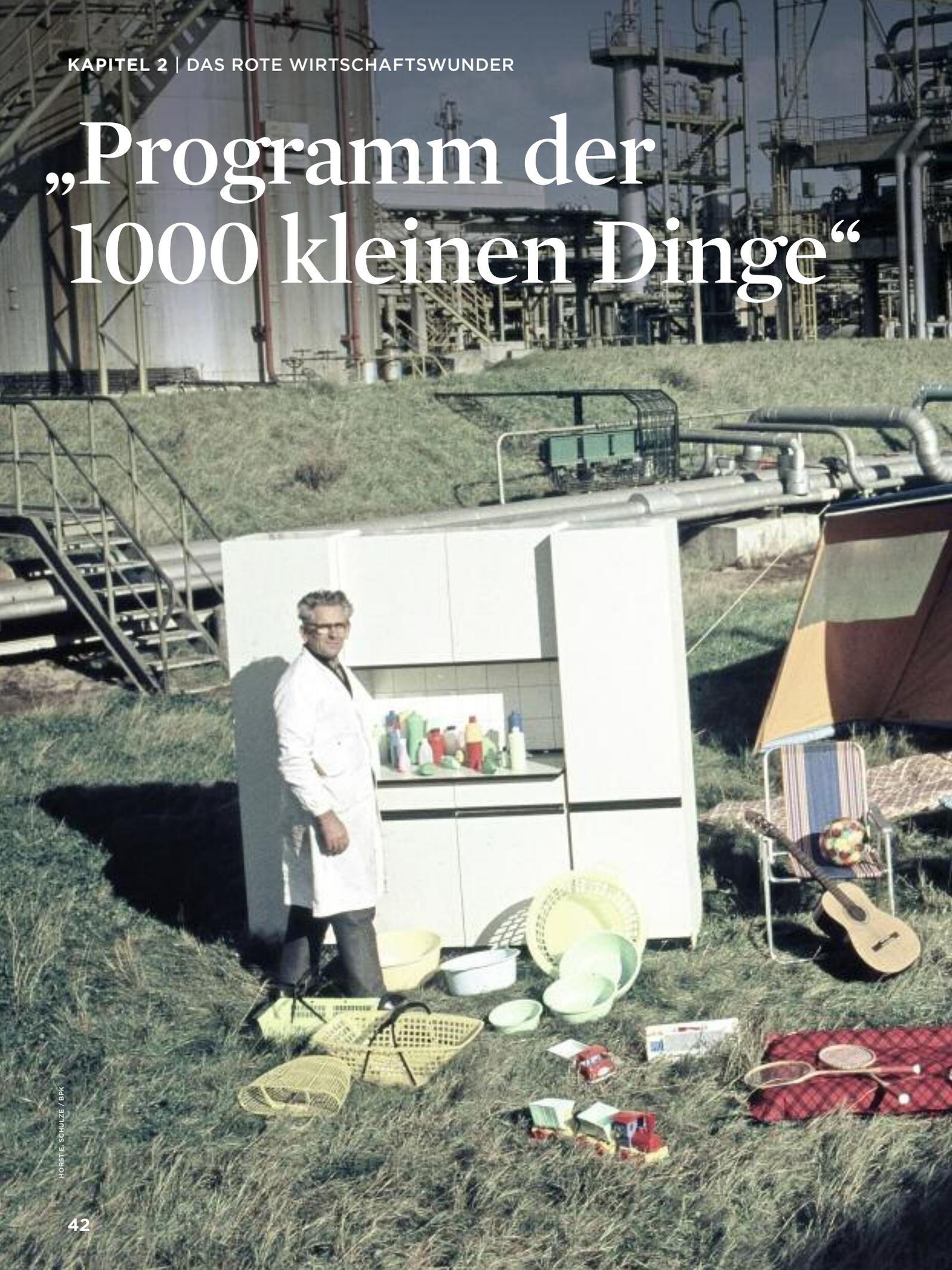


„Programm der 1000 kleinen Dinge“



Die Startbedingungen der DDR-Industrie waren so schwierig, dass schon die bescheidenen Erfolge der Sechzigerjahre als sozialistisches „Wirtschaftswunder“ gepriesen wurden.

ON MICHAEL SONTHEIMER



„Brot, Wohlstand und Schönheit“ soll die Chemieindustrie bringen. Das Bild zeigt eine kleine Leistungsschau vor der Kulisse des Kombinats Leuna II, um 1970.



Die moderne Küche ist auch im Sozialismus ein Traum. Die um 1960 entstandene Aufnahme inszeniert noch das herkömmliche Rollenklischee.

Die frühen Jahre der DDR – für Gudrun Radek sind das die Erinnerungen an sorglose Spielen in den Trümmern Berlins. Sie habe eine schöne Kindheit und Jugend gehabt, sagt die 73 Jahre alte pensionierte Lehrerin, doch manches sei auch sehr mühsam gewesen in Ostberlin. Zum Beispiel im Winter Schnittblumen zu bekommen: Als Radek, sie war damals Studentin, sich 1959 verlobte, musste die Oma aus Westberlin einspringen, um einen Blumenstrauß aufzutreiben.

Zwei Jahre später war der Hochzeitsstrauß ein Problem. Radek hätte sich Rosen gewünscht, aber die waren nicht zu kriegen. Nach langen Bemühungen konnten ihr künftiger Mann und sie einen Strauß aus Gerbera vorbestellen.

„Das war lästig“, sagt Radek heute, „aber ich habe trotzdem nie darunter gelitten, dass wir nicht alles hatten, was es im Westen gab.“ Auch in der DDR sei es immer aufwärtsgegangen. Und ihr sei Kultur wichtiger gewesen als ein neues Auto, sagt sie. „Eine Karte für die Oper hat 10 Mark gekostet.“ Nicht mehr.

Wenn die Schriftstellerin Irene Böhme, geboren 1933, sich an die Jahre nach dem Krieg in Bernburg nördlich von Leipzig erinnert, sagt sie: „Es gab nichts zu essen, das Land war kaputt, die Deutschen waren schuld.“

Eine bittere Zeit. Die Ausgangsbedingungen für den kommunistischen Neubeginn in der Sowjetischen Besatzungszone waren schwierig, denn Schuld und Niederlage der Deutschen hatten ihren Preis. Bis 1953 demontierten die sowjetischen Freunde alle Produktionsmittel, die ihnen irgendwie nützlich erschienen. Pro Kopf der Bevölkerung berechnet, hieß das: Jeder Ostdeutsche musste den Krieg noch einmal mit 3500 Mark bezahlen, während in den Westzonen der Wiederaufbau von den Besatzern, vor allem durch den Marshallplan, mit 150 Mark pro Kopf bezuschusst wurde.

Die Produktion von Konsumgütern, so beschlossen es die Kommunisten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, hatte da erst einmal zurückzustehen. Im Juli 1952 entschied die II. Parteikonferenz der SED, den „Sozialismus planmäßig aufzubauen“, die Schwerindustrie zu entwickeln und „bewaffnete Streitkräfte“ zu schaffen. Zu diesem Zeitpunkt hatte der private Pro-Kopf-Verbrauch in der DDR erst 50 bis 75 Prozent des BRD-Niveaus erreicht.



Dose für „Florena“-Puder



Handstaubsauger „Fix“, 1960



Küchenmaschine „KM 8“, 1969

Doch auf die Dauer ging die Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Bevölkerung selbst den sowjetischen Freunden zu weit. Anfang Juni 1953 zitierten sie den SED-Generalsekretär Walter Ulbricht und zwei seiner Genossen nach Moskau. Aufgrund der begangenen Fehler, kritisierten die Russen, sei in der DDR eine „äußerst ungünstige politische und wirtschaftliche Lage entstan-

den“. In der Tat hatten sich zwischen Januar 1951 und April 1953 an die 450 000 Menschen nach Westdeutschland oder Westberlin abgesetzt.

Die übereilte Durchsetzung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), so die russische Kritik, habe Bauern in die Flucht geschlagen und zu Versorgungsproblemen geführt. Die Sowjets, die nach dem Tode Stalins Klartext redeten, kritisierten auch die Bevorzugung der Schwerindustrie.

Am 11. Juni 1953 verkündete die SED brav einen „Neuen Kurs“, aber es war zu spät. Der knapp eine Woche danach ausbrechende Arbeiteraufstand lehrte die Kommunisten zweierlei. Zum einen, dass ihre Herrschaft von den sowjetischen Panzern abhing, zum anderen, dass sie ihre Politik ändern mussten, um weiteren Widerstand zu vermeiden. Dies geschah mit dem Ausbau des Sicherheitsapparats, besonders des Ministeriums für Staatssicherheit, und mit Versuchen, den Lebensstandard zu verbessern, auch durch Zugeständnisse an Privatunternehmer.

Doch 1955 lagen sowohl die Arbeitsproduktivität als auch der Lebensstandard noch unter dem Vorkriegsniveau von 1936. Zwei Jahr zuvor hatte die Partei die Parole ausgegeben: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben.“ Das war ein Spiel auf Zeit.

Irene Böhme reiste Mitte der Fünfzigerjahre mit ihrem Mann, der Chefredakteur des „Börsenblatts für den deutschen Buchhandel“ war, von Leipzig nach Frankfurt am Main und Köln. „Dort ging es den Leuten auch nicht besser“, fand sie. „Sie konnten nach Frankreich fahren, den Vorteil hatten sie.“ Aber Böhme bekam in der DDR mit 19 Jahren die Chance, eine Buchhandlung mit drei Angestellten zu leiten. „Im Osten gab es immer Aufstiegschancen, weil so viele abhauten.“

1955 in Leipzig stand in ihrer Küche noch ein Eisschrank, in den sie gekaufte Eisblöcke packen musste. Die elektrischen Kühlschränke seien zu großen Teilen in den Export gegangen, habe man sich damals erzählt. Der Schriftsteller Erich Loest allerdings besaß schon einen Fernseher. Zu ihm ging Böhmes Mann, um Fußballspiele zu sehen.

1956 ging das Versandhaus Leipzig republikweit an den Start, um die Versorgung im ländlichen Raum zu sichern. Im „Konsument-Katalog“ hieß es später: „Ich bin stolz darauf, der Katalog eines sozialistischen Versandhauses zu sein.“

Ein Ostberliner Markt
1964: Hemden und Schürzen
werden nun auch aus
Kunstfasern hergestellt.
Das neue Material heißt
Dederon, abgeleitet vom
Staatsnamen DDR.



Auf meinen Seiten wird jetzt schon überzeugend sichtbar: Die Arbeiter in der Industrie und die Werktätigen in der Landwirtschaft schaffen es!“

Immerhin konnte die Regierung 1958 die Lebensmittelkarten abschaffen, die es in der Bundesrepublik schon seit acht Jahren nicht mehr gab. Fett, Fleisch, Wurst, Zucker und Milch waren nun frei erhältlich. Die Preise stiegen gegenüber den Kartenpreisen auf mehr als das Doppelte. Doch das war nicht dramatisch, denn vielen Menschen mangelte es weniger an Geld als an Waren. Es existierte, was Ökonomen einen „Kaufkraftüberhang“ nennen. Da es noch wenig technische Konsumgüter gab, kauften die Ostdeutschen deutlich mehr Lebensmittel – die daraufhin weiter knapp blieben.

Ein grundlegendes Manko der Planwirtschaft bestand darin, dass die Planer die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht oder zu spät erkannten und sich auf „hochwertige Konsumgüter“ konzentrierten. So fehlten Ende der Fünfzigerjahre praktische Produkte wie Dosenöffner, Sicherheitsnadeln, Schuhlöffel, Eierbecher und viele andere mehr. Das Zentralkomitee der SED musste sich mit einem „Programm der 1000 kleinen Dinge des täglichen Bedarfs“ beschäftigen, das der Ministerrat dann förmlich beschloss.

Neben pragmatischer Wirtschaftspolitik – und im Widerspruch zu ihr – betrieb die SED immer wieder Kampagnen zum „Aufbau des Sozialismus“. So beschloss die Staatspartei im Juli 1958, eine der letzten Bastionen des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln zu schleifen, die bäuerliche Landwirtschaft. Alle noch eigenständigen Bauern mussten sich nun einer LPG anschließen; notfalls half die Stasi nach.

Im April 1960 meldete der Bezirk Karl-Marx-Stadt als letzter den Abschluss der „vollgenossenschaftlichen Entwicklung“, wie die Kollektivierung genannt wurde. Nun gab es fast 20 000 LPGs. Und bald eine Versorgungskrise. Bei Kartoffeln und Getreide gingen die Erträge pro Hektar um ein Viertel zurück. Auf Campingplätzen an der Ostsee wurden Brote – offizieller Kilopreis weit unter einer Mark – für drei bis fünf Mark gehandelt. Erneut flohen viele verbitterte Bauern nach Westdeutschland.

Doch aus Sicht der Partei und ihrer Presse waren neben dem Wetter mal wieder Spione, Saboteure, Schieber und imperialistische Agenten schuld.



Radio „Berolina K“, 1957



Diaprojektor „Filius 3“, 1961



Telefon „W 58“ aus Nordhausen, 1958

Ein Musterbeispiel für ideologisch motivierte, aus der Sowjetunion übernommene Vorhaben waren die „Rinderoffenställe“, die nur an drei Seiten über Wände verfügten. In ihnen werde das Vieh, so der sowjetische Determinismus, gegen die winterliche Kälte resistent werden.

Das Ergebnis sah in der DDR oft anders aus: Die Rinder erfroren.

Den großen Sprung nach vorn für die Wirtschaft sollte die Chemie bringen. Am 3. und 4. November 1958 trafen sich das ZK der SED und die Staatliche Plankommission zu einer Chemiekonferenz in Leuna. Walter Ulbricht hielt das Hauptreferat, in dem er von wunderbaren Möglichkeiten schwärmte: „Chemie bringt Brot, wissenschaftlich-technischen Fortschritt, hohe Arbeitsproduktivität und Wohlstand für das ganze Volk.“ Auf dem Titelblatt des Konferenzprotokolls hieß es dann: „Chemie bringt Brot – Wohlstand – Schönheit.“

Knapp ein Jahr später wurde der Grundstein für Leuna II gelegt, die erste große petrochemische Anlage, die in der DDR gebaut wurde. Zugleich begann der Ausbau des Städtchens Schwedt an der Oder zu einem petrochemischen Kombinat. Die über 4000 Kilometer lange Erdölleitung „Freundschaft“ versorgte es ab 1963 mit Öl aus der Sowjetunion.

Die Zauberworte hießen: Plaste und Elaste. In den Sechzigerjahren bereicherten chemische Produkte die Lebenswelt; Polyamidfasern, die im Westen Perlon hießen, wurden auf den Namen Dederon getauft und zu bügelfreien Oberhemden, Kittelschürzen oder Strumpfhosen verarbeitet („Der Faden vollendeter Verlässlichkeit“). Es gab Schüsseln und Saftpressen aus Kunststoff, Geschirr, Möbel und Textilien wie Petticoats und Regenmäntel.

Nicht nur in der Chemieproduktion blies die SED vor dem Hintergrund des westdeutschen „Wirtschaftswunders“ zur Aufholjagd. Zunächst hatten die DDR-Ideologen noch gegen den „hektischen Modenwechsel“ des Westens und dessen „Dekadenz oder Kitschproduktion“ polemisiert und die „Langlebigkeit“ der sozialistischen Konsumgüter gepriesen.

Doch im Oktober 1959 beschloss die Volkskammer einen Siebenjahresplan. Dessen Ziel war es, „durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Steigerung der Produktion Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch bei den meisten industriellen Konsumgütern und Lebensmitteln bis Ende 1961 einzuholen und zu überholen“.

Doch das war unmöglich, weil der Abstand zu groß war, im Großen wie im Kleinen. Im Dezember 1960 kam es in den Bezirken Magdeburg und Leipzig zu Tumulten, weil das Angebot an Weihnachtsbäumen den Bedarf bei Weitem nicht deckte. Die Volkspolizei schritt ein.

Wenig später beschloss das Politbüro, den Verkauf von Bockwürsten und Bu-



Ein beliebtes Produkt in den HO-Verkaufsstellen sind die seit 1954 im Walzwerk Hettstedt hergestellten Schnellkochtöpfe.

letten auf Weihnachtsmärkten drastisch einzuschränken. Ein Jahr darauf wurde der Wasseranteil in Bockwürsten von 65 auf 70 Prozent erhöht.

Kein Mangel bestand in der DDR an Abkürzungen. 1963 trat NÖS in Kraft, das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (siehe Seite 52). Die Versorgung mit Konsumgütern verbesserte sich allmählich. „1962 habe ich einen Kühlschrank und ein Auto bestellt“, erinnert sich Irene Böhme. „Der Kühlschrank kam nach drei Monaten, der Trabi nach fünf Jahren.“ Aber das größte Problem, sagen viele ehemalige DDR-Bürger, seien vom Anfang bis zum Ende des Landes die Wohnungen gewesen (siehe Seite 64).

Ab Ende der Sechzigerjahre wurde die Gastronomie aufgebaut. Als sozialistische Alternative zur „Wienerwald“-Kette eröffneten die „Goldbroilerbars“; den „Nordsee“-Fischrestaurants nachempfunden gab es im Osten das „Gastmahl des Meeres“. Warteschlangen gehörten ebenso dazu wie schmallippiges Personal, das den Gästen die Tische zuwies („Sie werden platziert!“).

Weil der Aufschwung dennoch unübersehbar war, sprachen selbst westdeutsche Ökonomen von einem „roten Wirtschaftswunder“. Drei Redakteure der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ reisten 1964 durch die DDR und zeichneten anschließend ein recht rosiges Bild. Marion Gräfin Dönhoff erfreute sich an den „vertrauten Alleen mit den herrlichen alten Bäumen, die bei uns längst dem Verkehr zum Opfer fielen“. Die Ostpreußerin stellte fest: „Zu essen gibt es genug in der DDR.“ Schlangen habe er „nirgends vor Läden entdecken können“, attestierte auch Theo Sommer. „Beleibtheit ist auch drüben schon ein Problem.“

Nach dem Fressen kam in der DDR nicht, wie Bertolt Brecht gedichtet hatte, die Moral, sondern das Automobil. Man wollte es dem Westen gleichtun, aber es gab nur zwei Autofabriken: die VEB Sachsenring Zwickau, die den Trabant produzierten, und die VEB Automobilfabrik Eisenach, die den Wartburg herstellten. Auch wenn die DDR den höchsten Motorisierungsgrad im Ostblock erreichte, gab es stets lange Wartezeiten, und das Auto blieb ein Luxusgut.

1960 verfügten nur gut 3 Prozent der DDR-Haushalte über ein privates Automobil, zehn Jahre später waren es knapp 16 Prozent. Bauern, Handwerker, Freischaffende und Selbstständige profitier-



Nähmaschine „Veritas“, um 1970



Fernseher „Alex“ aus Berlin, 1958



Kindersandalen aus Naumburg

ten davon in erster Linie, Arbeiter waren unterdurchschnittlich versorgt. 1970 hatten mehr als 70 Prozent der DDR-Haushalte einen Fernseher, 54 Prozent eine Waschmaschine und 56 Prozent einen Kühlschrank, allerdings teils noch mit Eisblöcken gekühlt.

Kritik an Fehlleistungen bei der Produktion von Konsumgütern war in den damaligen DDR-Medien keine Selten-

heit. In der Satirezeitschrift „Eulenspiegel“ hieß es 1968: „Das allen 12-jährigen Adlershoferinnen zuge dachte Jackenkleid war von schmutzig-gelber Farbe mit grauen Karostreifen, Material Spezitex, der stolze Preis 90,40 Mark. Vom VEB Jugendmodelle Roßwein offenbar unter dem Motto hergestellt: Für die kleine Oma mit dem Lotto-Fünfer.“

Dass Engpässe ein alltägliches Thema waren, konnte den Kommunisten nicht verborgen bleiben. In einem Gewerkschaftsbericht von 1971 heißt es: „Im Bezirk Schwerin, besonders in den Kreisen Güstrow und Hagenow, wurde aufgrund von Versorgungslücken (Textilien, Fleischwaren, Südfrüchte und Kaffee) ein solches Argument verbreitet: ‚Bis zum 20. Jahrestag der DDR haben wir uns noch gehalten, jetzt geht es mit dem Sozialismus zu Ende.‘“

Mit dem Sozialismus ging es noch nicht zu Ende, aber mit der Herrschaft von Walter Ulbricht. 1970 kam es immer wieder zu Arbeitsniederlegungen. Jüngere SED-Genossen machten dafür Ulbricht und seine schlechte Wirtschaftspolitik verantwortlich.

Im Westen war Ulbricht ohnehin der Buhmann Nummer eins, der SPIEGEL nannte ihn „spitzbärtigen Zonen-Zar“ oder „Pankower Behelfs-Lenin“. Dabei führte seine Wirtschafts- und Sozialpolitik, anders als die seines Nachfolgers Honecker, nicht in die Schuldenfalle.

In der Ära Ulbricht gab es ständig Wechselbäder zwischen zu optimistischen Annahmen und Enttäuschungen. Auf pragmatische Schritte folgten wieder ideologische Restriktionen und Experimente.

Am 3. Mai 1971 musste Ulbricht zurückschreiten. Er wollte zunächst die Produktivität erhöhen und dann den Lebensstandard. Sein Nachfolger versuchte es umgekehrt und tat so, als könne die DDR den schwedischen Sozialismus nachahmen – der freilich auf einer florierenden Marktwirtschaft basierte und nicht auf Zentralverwaltungswirtschaft. Durch Konsummöglichkeiten sollte das DDR-Volk zur Steigerung der Produktion motiviert werden. Aber ohne ausreichende Marktmechanismen war das Konzept eines Wohlstandssozialismus zum Bankrott verurteilt. ■



360°-Foto: Der Strausberger Platz in Berlin

spiegel.de/sg032015strausberger
oder in der App DER SPIEGEL